

Kreisstadt Steinfurt

Begründung

zur 80. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 72 „Biogasanlage Hollich“ der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt

1. Gründe für die Änderung und Änderungsbeschluss

Mit Schreiben vom 06. Mai 2019 beantragte die Bioenergie Steinfurt GmbH & Co. KG die Einleitung eines notwendigen Bauleitplan-Änderungsverfahrens zur Schaffung von Planungsrecht für geplante Änderungen an der Biogasanlage in Hollich (Hollich 81a). Die vorhandene Biogasanlage wird seit 2005 betrieben und wurde 2014 mit Feststellung des 72. Bebauungsplans aus der ehemaligen bauplanungsrechtlichen Privilegierung genommen.

Nunmehr soll die Anlage zur Erfüllung aktueller rechtlicher Vorgaben um ein weiteres Gärrestlager ergänzt werden. Durch das zusätzliche Gärrestlager wird die nach Düngeverordnung notwendige Mindestlagerkapazität erfüllt werden. Der Behälter soll im Bereich der Siloplatte aufgestellt werden. Um die dadurch verlorene Silofläche wieder auszugleichen, soll die Siloplatte an anderer Stelle erweitert werden. Die Gesamtfläche der Siloanlage wird sich nicht relevant ändern.

Die genehmigte Menge der Einsatzstoffe von 47.000 t sowie der Betrieb der Anlage und die produzierte Gasmenge bleiben unverändert.

Im FNP ist derzeit festgelegt, dass eine maximale Lagermenge von 9.950 kg Biogas einzuhalten ist. Durch den Bau eines zusätzlichen Gärrestlagers wird diese Lagermenge überschritten werden.

Die im FNP dargestellte maximale Lagerungsmenge von 9.950 kg Biogas auf dem Betriebsgelände soll auf eine maximale Menge von 40.000 kg Biogas geändert werden.

Um die notwendigen planungsrechtlichen Voraussetzungen für die geplante Erweiterung der bestehenden Biogasanlage zu schaffen, hat der Rat der Kreisstadt Steinfurt daher in seiner Sitzung am 23. Mai 2019 beschlossen, das Verfahren zur 80. Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem vorgenannten Inhalt durchzuführen.

2. Räumlicher Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der 80. Änderung des Flächennutzungsplanes umfasst das Grundstück Flur 61, Flurstück 126 in der Gemarkung Burgsteinfurt. Der Geltungsbereich hat eine Gesamtgröße von 24.865 qm.

Hier finden keine Änderungen statt.

3. Inhalt der Änderung

Im geltenden FNP sind für den Betrieb der Biogasanlage Grenzwerte festgelegt. Diese sind eine maximale Erzeugung von 14 Millionen Normkubikmeter Gas pro Jahr sowie eine maximale Lagerung von 9.950 kg Gas am Betriebsstandort. Die jährlich erzeugte Biogasmenge soll unverändert bleiben. Der Zubau eines nach Düngeverordnung notwendigen weiteren Gärrestlagers ist jedoch nur möglich bei einer Erhöhung der maximalen Menge an gelagertem Biogas.

In die Berechnung der Biogaslagermenge ist nach Vorgaben des Umweltbundesamts (UBA) das gesamte Volumen an Gärrestlager aufzunehmen. Es ist technisch möglich, dass ein Gärrestlager so gut wie keine Gärreste beinhaltet aber stattdessen mit Biogas gefüllt ist. Dieser in der Realität eher selten vorliegende Fall ist den Berechnungen zugrunde zu legen.

Das neu zu errichtende Gärrestlager wird ein Volumen von rund 10.000 m³ für Gärreste haben. Durch die gasdichte Abdeckung des Behälters in Form eines Gasspeicherdachs wird zusätzliches Volumen zur Gasspeicherung geschaffen. Ausgehend von einer Biogas-Dichte von 1,3 kg/m³ (entspricht dem Ansatz des UBA) ergeben sich damit rund 17.000 kg zusätzliche Lagerkapazität für Biogas.

Durch die derzeit geltende Begrenzung der Biogaslagermengen ist es nicht möglich, die vorhandenen Fermenter mit einer geringeren Füllhöhe zu fahren. In die Berechnung der Gaslagermenge nach Umweltbundesamt wird von Fermentern nur das durch den Freibord entstehende Volumen sowie der auf dem Behälter befindliche Gasspeicher angesetzt. Es wird davon ausgegangen, dass Fermenter zu jeder Zeit befüllt sind. Um zukünftig mehr Flexibilität bezüglich der Füllhöhen zu erhalten, soll die Begrenzung der Gaslagermenge entsprechend zusätzlich erhöht werden.

Durch die Überschreitung der nach der 12. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (12. BImSchV, Störfallverordnung) geltenden Mengenschwellen wird eine Biogasanlage ab der Lagermenge von 10.000 kg zu einer Störfallanlage.

Die Biogasanlage Hollich wird zukünftig eine Störfallanlage sein. Dies erfordert ein entsprechendes immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren. Dazu wird

u.a. ein Störfallkonzept erstellt. Dieses Konzept wird auch Bestandteil des notwendigen Änderungsverfahrens für den Bebauungsplan sein.

Es gelten von einer Lagermenge ab 10.000 kg bis zu einer Menge von 50.000 kg die Anforderungen an einen Betrieb des „unteren Betriebsbereichs“.

Die großzügige Festsetzung des Grenzwerts von 40.000 kg Biogaslagermenge befindet sich folglich deutlich im Rahmen des „unteren Betriebsbereichs“. Anforderungen innerhalb dieses Betriebsbereichs werden nicht weiter unterteilt. Eine engere Begrenzung der Biogaslagermenge hätte somit störfallrechtlich keine Auswirkungen, würde die Flexibilität hinsichtlich der Nutzung der vorhandenen Behälter aber einschränken.

Die Verlegung der Siloflächen vom Bereich des zukünftigen Gärrestlagers an die östlich und südlich angrenzende Fläche berührt die Vorgaben des FNP nicht. Die Silofläche befindet sich weiterhin innerhalb des Sondergebiets und wird in der Summe nicht wesentlich vergrößert.

4. Ziele der Raumordnung und Landesplanung

Im Regionalplan für den Regierungsbezirk Münster – Teilabschnitt Münsterland – ist der Bereich ursprünglich als Agrarbereich dargestellt. Damit weicht die Darstellung im Regionalplan von der Darstellung im Flächennutzungsplan ab.

Der wirksame Regionalplan äußert sich nicht konkret zu Biogasanlagen im Außenbereich. Die geplante Darstellung eines Sondergebietes mit der Zweckbestimmung „Biogasanlage“ ist nach Auffassung der Stadt Steinfurt jedoch mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung vereinbar, da es sich bei dem geplanten Vorhaben um eine originäre landwirtschaftliche Nutzung handelt, die ursprünglich auch über § 35 BauGB genehmigungsfähig war.

Bezüglich Störfallanlagen werden keine Aussagen getroffen. Der Zubau eines weiteren Gärrestbehälters auf dem Gelände der Biogasanlage verändert Nutzung und Charakter des Sondergebiets nicht.

Ebenso widersprechen die Änderungen an der Siloplatte nicht den Vorgaben aus dem Regionalplan.

Der Gärrestbehälter ist aufgrund von Vorgaben aus der bundesweit geltenden Düngeverordnung notwendig. Die Aufstellung auf dem Gelände der Biogasanlage Hollich führt zu einer bestmöglichen Schonung des umliegenden Außenbereichs.

5. Erschließung

Östlich an den Änderungsbereich angrenzend verläuft die Kreisstraße 82 (dort „Bockersbaum“). An dieser Kreisstrasse liegt auch die Hauptzufahrt zum Betriebsgelände. Zudem gibt es eine weitere größere Zufahrt auf das Grundstück, die im Südwesten des Änderungsbereiches Anschluss an den dortigen Wirtschaftsweg hat. Am Transportaufkommen insgesamt wird es keine Änderung geben. Es werden nicht mehr Gärreste produziert als bisher. Lediglich die Abholung der Gärreste durch landwirtschaftliche Transportfahrzeuge wird zeitlich leicht anders verteilt stattfinden.

6. Ver- und Entsorgung

Die Ver- und Entsorgung des Änderungsbereiches erfolgt ortsüblich durch die verschiedenen Ver- und Entsorgungsträger. Die Versorgung mit Trinkwasser, Gas, Strom und Telefon übernehmen die verschiedenen Versorgungsunternehmen. Es wird keine relevanten Änderungen hinsichtlich der anfallenden Mengen und deren Entsorgung geben.

7. Niederschlagswasserbehandlung

Das gesamte auf dem Anlagengelände anfallende Niederschlagswasser wird landwirtschaftlich genutzt. Durch den Zubau des Gärrestbehälters und die Verschiebung der Silofläche werden geringe Mengen an Niederschlagswasser hinzukommen. Eine wesentliche Änderung an Mengen und deren Verwendung findet nicht statt.

8. Immissionsschutz

Für die bestehende Biogasanlage besteht eine Genehmigungspflicht gemäß Bundesimmissionsschutzgesetz. Der Zubau des Gärrestbehälters wird eine Änderungsgenehmigung nach § 16 BImSchG erfordern. Mit Eintritt in die Störfallverordnung wird die Anlage zukünftig nicht mehr durch den Kreis Steinfurt überwacht und genehmigt werden, sondern durch die Bezirksregierung Münster.

Die Vergrößerung der Siloplatte an südlicher und östlicher Seite wurde der Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt im Juni 2019 mit einer Anzeige nach § 15 BImSchG mitgeteilt.

Durch den Zubau des Gärrestbehälters und die Veränderungen an der Siloplatte werden keine Änderungen hinsichtlich der eingesetzten Stoffe oder deren Mengen einhergehen. Das neue Gärrestlager wird gasdicht abgedeckt. Der Transportverkehr wird sich nicht relevant ändern. Neue Quellen für Gerüche oder Schall kommen nicht hinzu.

Es ist nicht von einer Verschlechterung der Immissionen auszugehen.

9. Eingriff in Natur und Landschaft, Umweltverträglichkeit

Mit der 80. Änderung des Flächennutzungsplanes in Verbindung mit der Änderung des Bebauungsplanes Nr. 72 werden weitere Eingriffe in Natur und Landschaft vorbereitet. Diese möglichen Eingriffe sind nach dem Baugesetzbuch in Verbindung mit dem Bundesnaturschutzgesetz auszugleichen.

Ein Großteil der Flächen des Änderungsbereiches ist bereits versiegelt. Diese Versiegelungen sind aufgrund der ausgeübten Nutzung notwendig.

Für die Umsetzung der geplanten Baumaßnahmen sind Genehmigungs- und Bauantragsverfahren durchzuführen. In diesen Bauantragsverfahren soll, wie bei den bisherigen Baumaßnahmen auf dem Betriebsgelände, ein gesonderter ökologischer Ausgleich erfolgen.

Die Planung der notwendigen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wird Gegenstand der Unterlagen für das Änderungsverfahren des Bebauungsplans sein.

Da ein (minimaler) Eingriff in Natur und Landschaft durch die 80. Änderung des Flächennutzungsplanes in Verbindung mit der Änderung des Bebauungsplanes Nr. 72 vorbereitet wird, können Auswirkungen auf die zu betrachtenden Schutzgüter von vornherein nicht ausgeschlossen werden.

Zur Überprüfung der möglichen Auswirkungen wurde ein Umweltbericht erstellt. Dieser ist Bestandteil der Begründung und als Anlage beigefügt. Als Ergebnis der Umweltprüfung lässt sich feststellen, dass durch die geplanten Nutzungen im Bereich der 80. Änderung des Flächennutzungsplanes Schutzgüter betroffen werden, wobei die Erheblichkeit der Auswirkungen insbesondere durch die von Überbauung und Versiegelung entstehenden Beeinträchtigungen bestimmt wird. Es ist aber insgesamt festzustellen, dass erhebliche Auswirkungen, wie eine Zerstörung oder Schädigung hochwertiger, geschützter oder seltener Lebensräume von Tier- und Pflanzenarten nicht zu erwarten sind.

artenschutzrechtliche Beurteilung

Der § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) regelt u. a., dass es verboten ist, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wildlebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Insofern ist bei der Aufstellung bzw. Änderung von Bebauungsplänen und der damit verbundenen möglichen Vorbereitung von Eingriffen in Natur und Landschaft zu prüfen, ob gegen das vorgenannte Verbot verstoßen wird.

Im Zuge der Bauleitplanung ist diese Prüfung gemäß § 44 (5) BNatSchG für Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie oder nach Vogelschutzrichtlinie vorzunehmen.

Der Änderungsbereich liegt ca. 2 km nordöstlich des Stadtteils Burgsteinfurt in der Bauerschaft Hollich. Für diesen Bereich gibt es bereits Bestandsaufnahmen zu den

Vorkommen der verschiedenen planungsrelevanten Tierarten. Diese Bestandsaufnahmen sind auch im Informationssystem @LINFOS des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) dokumentiert. Demnach gibt es ca. 800 m nördlich des Änderungsbereiches eine Fläche, auf der planungsrelevante Tierarten festgestellt wurden. So wurden dort der Große Brachvogel und der Steinkauz kartiert. Der Steinkauz wurde auch in etwas geringerem Abstand südlich und östlich kartiert. Beide Tierarten gelten als standort- bzw. Brutplatztreu. Insofern hält der Änderungsbereich einen relativ großen Abstand zu den Ruhe- und Fortpflanzungsstätten dieser Arten ein. Der Planbereich wäre somit eher als mögliches Jagdrevier anzusehen. Angesichts der vorhandenen Nutzungen im Planbereich erscheint das Gelände der Biogasanlage nicht als Jagdrevier für Großen Brachvogel und Steinkauz geeignet. Zudem sind Jagdreviere in ihrer Empfindlichkeit und Bedeutung für die Tierarten nicht so hoch einzuschätzen und der Schutz von Jagdrevieren wird auch gemäß § 44 nicht eingefordert. Es entsteht keine nachhaltige Verschlechterung des Gesamtkaktionsraumes für den Großen Brachvogel oder den Steinkauz. Zudem ist zu berücksichtigen, dass es sich bei der beabsichtigten Planung um die Änderung einer bestehenden Anlage handelt. So werden bei Umsetzung der geplanten Maßnahmen „lediglich“ ein weiteres Gärrestlager auf bereits versiegelter Fläche sowie Siloflächen angrenzend an die bestehende Silofläche entstehen.

Aus diesem Grunde wurde keine artenschutzrechtliche Kartierung des Plangebietes vorgenommen. Es ist zu vermuten, dass sich durch die Planung keine bedeutsamen Veränderungen für planungsrelevante Säugetiere, Vögel, Amphibien, Reptilien oder Libellen ergeben. Eine Beschädigung oder Zerstörung von Quartieren (Fortpflanzungs- oder Ruhestätten) der in Steinfurt vorkommenden Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie oder nach Vogelschutzrichtlinie wird nicht vorbereitet. Den Anforderungen des § 44 BNatSchG wird damit entsprochen.

10. FFH-Verträglichkeit

Das Land NRW hat den Bereich „Bagno mit Steinfurter Aa“ (DE-3810-302) als Schutzgebiet nach der EU-Vogelschutz und FFH-Richtlinie (Richtlinie 92/43 EWG des Rates vom 21. Mai 1992) gemeldet. Dieser Bereich umfasst große Teile der Waldbereiche des Bagnos, Vorsundern, Westerbrook und des Buchenberges sowie Teile der Steinfurter Aa und den Bagno See. Das Gebiet hat eine Größe von 467 ha. Zudem wurde das FFH-Gebiet „Steinfurter Aa“ (DE-3910-301) nachgemeldet (31 ha). Weitere Bereiche auf Steinfurter Stadtgebiet wurden nicht als FFH- oder Vogelschutzgebiet ausgewiesen.

Der Abstand zwischen dem Geltungsbereich der 80. Änderung des Flächennutzungsplanes und dem näher gelegenen FFH-Gebiet „Bagno mit Steinfurter Aa“ beträgt ca. 1.600 m. Angesichts dieses Abstandes, der beabsichtigten Planungen und der Schutzziele und -zwecke des FFH-Gebietes wird nicht von einer Beeinträchtigung

gung des Schutzgebietes durch die Änderung des Flächennutzungsplanes ausgegangen.

11. Denkmalschutz

Im Planbereich sind keine Bau- oder Bodendenkmäler vorhanden. Auch in der näheren und weiteren Umgebung des Planbereiches sind keine Bau- oder Bodendenkmäler vorhanden. Die Hollicher Mühle als nächstgelegenes Baudenkmal befindet sich ca. 1.300 m südlich des Änderungsbereiches. Östlich, in einer Entfernung von etwa 1,2 km, befindet sich nach den Eintragungen im Flächennutzungsplan ein Bodendenkmal.

Zudem gibt es südwestlich des Planbereiches noch ein Naturdenkmal. Die Reste einer ehemaligen Landwehr befinden sich in einer Entfernung von ca. 1 km zur geplanten 80. Änderung des Flächennutzungsplanes.

Insgesamt ist festzustellen, dass angesichts der Entfernungen zu den Denkmälern sowie aufgrund der vorherrschenden Geländeverhältnisse und des Bewuchses in der Umgebung eine Beeinträchtigung von Baudenkmalen auch in Bezug auf Blickbeziehungen und Fernwirkungen nicht zu erkennen ist. Belange des Denkmalschutzes werden nicht berührt.

12. Altlasten, Kampfmittel, Bodenschutz

Ein Altlastenverdacht besteht weder für das Plangebiet noch für die nähere und weitere Umgebung. Einwirkungen durch Kampfmittel auf das Änderungsgebiet sind nicht bekannt.

Zudem ist festzustellen, dass die Flächen des Änderungsbereiches bereits eine entsprechende Versiegelung erfahren haben und durch die anstehenden baulichen Maßnahmen die zusätzliche Versiegelung als relativ gering anzusehen ist. Es handelt sich bereits um eine baulich veränderte Fläche. Dem § 4 (2) Landesbodenschutzgesetz wird entsprochen.

Schützenswerte Böden sind im Änderungsbereich nicht bekannt.

13. Bodenordnung

Bodenordnende und sonstige Maßnahmen im Sinne der §§ 45 ff. BauGB sind nicht erforderlich.

aufgestellt:

Steinfurt, 26. November 2019

Az.: III/ 61-26-09/ 69 FNP-Ä./AS-jo

Stadt Steinfurt
Der Bürgermeister
In Vertretung

(Schröder)
Techn. Beigeordneter

Anlagen:

- Umweltbericht